



Mittwoch, 04. Oktober 2023

Für nachhaltige Fischerei

Verzicht auf „Dolly Ropes“: EU-Kommission äußert sich zu Maßnahme deutscher Krabbenfischer

Von Tim Fischer

Cuxhaven. Die deutschen Krabbenfischer verzichten ab sofort freiwillig auf gefährliche Plastikfäden an ihren Netzen, sogenannte „Dolly Ropes“. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag, um den Eintrag von Plastikmüll in die Meere zu reduzieren. Mit ihrem Verzicht und der Forderung nach einem europaweiten Verbot gehen die Fischer mit gutem Beispiel voran. Doch was sagt die EU-Kommission zum Verzicht?

Bei den „Dolly Ropes“ handelt es sich um einen fadenförmigen Scheuerschutz für Fischernetze, der zur Verhinderung von Netzschäden insbesondere auf steinigen Untergründen und an Felsküsten dient. Die abgerissenen Fäden der so ausgerüsteten Netze tragen allerdings zur Belastung der Meere mit Kunststoffen bei und finden sich dann verbreitet an den Küsten. Wenn sie im Fang der Krabbenfischer auftauchen, erhöhen sie den Sortieraufwand.

Doch wie unterstützt die Europäische Kommission die Bemühungen der Krabbenfischer in der Nordsee? In einer Anfrage von David McAllister, Jens Gieseke und Niclas Herbst wollten die drei Europaabgeordneten wissen, ob die EU-Kommission anerkennt, dass solche freiwilligen Maßnahmen den Zielen des Meeres- und Umweltschutzes mehr dienen als ein schlichtes Verbot der grundberührenden Krabbenfischerei.

Die EU-Kommission möchte, dass die Fischerei in ganz Europa nachhaltiger wird und die Auswirkungen der Fischerei auf den Meeresboden verringert werden. Nach der EU-Biodiversitätsstrategie sollen bis 2030 mindestens 30 Prozent der EU-Gewässer unter Schutz gestellt werden. Als die EU-Kommission Ende Februar jedoch ihren Aktionsplan vorstellte, der unter anderem ein Verbot der Fischerei mit Grundschleppnetzen in Meeresschutzgebieten vorsah, löste das große Sorgen bei den Betroffenen aus. Jetzt hat die Kommission klargestellt: Ein pauschales Verbot wird es nicht geben.

Meeresschutz und Effizienz in Einklang bringen

„Dennoch fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, nationale Maßnahmen zu ergreifen und einen Dialog auf regionaler Ebene einzuleiten“, erklärte der für Umwelt und Fischerei zuständige EU-Kommissar Virginijus Sinkevičius: „Wir wollen den Dialog zwischen allen Akteuren fördern, um die Grundlage für einen widerstandsfähigen Fischerei- und Aquakultursektor zu schaffen.“

Die Kommission begrüßt daher die Absicht der deutschen Nordseekrabbenfischer, einen Beitrag zur Verringerung der fischereibedingten Abfälle im Meer zu leisten, teilte der EU-Kommissar mit.

In Bezug auf „Garnelenschleppnetze“ fordert die Kommission die regionalen Gruppen der Mitgliedstaaten allerdings auf, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Auswirkungen dieses Fanggeräts auf bestimmte Lebensräume zu berücksichtigen.

Um den Wandel zu erleichtern und die Fischer zu unterstützen, hat die Kommission eine europäische Normungsorganisation damit beauftragt, Normen für ein kreislauforientiertes Design von Fanggeräten zu entwickeln, das Meeresschutz und Effizienz so weit wie möglich in Einklang bringt.

Außerdem können Fischer die Kosten für die Beseitigung von Abfällen, die in ihre Netze gelangt sind, im Rahmen des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds geltend machen.